



wohnbau^{genossenschaften} schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 18. Dezember 2024

Nationalrat lehnt Vorkaufsrecht für Gemeinden zugunsten des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnraums ab

Verpasste Chance für mehr bezahlbaren Wohnraum

Der Nationalrat hat zwei Vorstösse zur Einführung eines Vorkaufsrechts von Gemeinden abgelehnt. Damit wird den Gemeinden ein griffiges Instrument zur Schaffung von mehr gemeinnützigem und preisgünstigem Wohnraum verwehrt. Angesichts des Wohnraummangels ist dieser Entscheid für Wohnbaugenossenschaften Schweiz nicht nachvollziehbar.

Der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz bedauert die Ablehnung der beiden Vorstösse zur Einführung eines Vorkaufsrechts für Gemeinden (Parlamentarische Initiative Suter [\(23.465\)](#) und Motion Imboden [\(22.4301\)](#)). Zahlreiche Gemeinden streben bei der Schaffung von Wohnraum eine intensivere Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Bauträgern an und wollen ihnen Land im Baurecht abgeben. Allerdings fehlen den Gemeinden die Grundstücke. Ein Vorkaufsrecht für Gemeinden würde genau an dieser Stelle ansetzen.

Bereits 2014 durch den Bund geprüft

Die Einführung eines fakultativen, preislich nicht limitierten Vorkaufsrechts wäre der Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Wohnraumförderung dienlich (Art. 108 der Bundesverfassung). Zu diesem Schluss kamen das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bereits in ihrem [Bericht](#) zur Prüfung des Vorkaufsrechts für Gemeinden aus dem Jahr 2014. Zugleich gelangten sie zur Einschätzung, dass der geringfügige Markteingriff verhältnismässig und durch ein öffentliches Interesse legitimiert ist. Der Bundesrat entschied damals, das Vorkaufsrecht nicht weiterzuverfolgen. Er behielt sich jedoch vor, auf seinen Entscheid zurückzukommen, wenn sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft. Dazu bemerkt Manuela Weichelt, Nationalrätin ZG und Vorstandsmitglied Wohnbaugenossenschaften Schweiz: «Die Situation auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich zu und der wohnpolitische Handlungsdruck steigt. Jetzt wäre der richtige Moment gewesen, dass der Bund die Grundlage für ein Vorkaufsrecht für Gemeinden auf den Weg zu bringt».

Gemeinden wünschen grösseren Handlungsspielraum

Beim Vorkaufsrecht handelt es sich zudem um ein zentrales Anliegen der städtischen Gemeinden und Städte. In einer Umfrage des Bundesamtes für Wohnungswesen und des Städteverbandes aus dem Jahr 2022 gaben 80% der städtischen Gemeinden und Städte an, dass sie ein Vorkaufsrecht befürworten. Die Mehrheit sieht dabei zudem auf nationaler Ebene Handlungsbedarf. «Viele Gemeinden verfügen über zu wenig Wohnraum und würden gerne Land im Baurecht abgeben, damit mehr gemeinnützige Wohnungen geschaffen werden können», betont Eva Herzog, Ständerätin BS und Präsidentin Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Ein Vorkaufsrecht würde den Gemeinden mehr Handlungsspielraum geben – es ist eine verpasste Chance, ihnen dies jetzt nicht zu gewähren und stattdessen den Ball den Kantonen zuzuschieben».



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

***Wohnbaugenossenschaften Schweiz** ist die Dachorganisation von 1'275 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 170'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienst seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch*

Pressekontakte

Eva Herzog, Präsidentin Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 079 790 34 79, eva.herzog@parl.ch

Manuela Weichelt, Vorstand Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 079 792 53 15, manuela.weichelt@parl.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch